

Das Freihandelsabkommen verschärft die Menschenrechtssituation

*Präsentation an der Anhörung bei der APK-N vom 6.4.09
Stephan Suhner, Arbeitsgruppe Schweiz Kolumbien*

Kolumbien ist das Land mit dem ältesten bewaffneten Konflikt der Hemisphäre und wird von der UNO als die schwerste humanitäre Krise Amerikas bezeichnet. Bis heute sind bedeutende soziale und wirtschaftliche Gründe für den internen Konflikt und die Menschenrechtsverletzungen mitverantwortlich. Die Freihandelspolitik der Regierung von Präsident Uribe verschärft die Konflikt- und Menschenrechtssituation. Uribe ist es bis heute nicht gelungen, nachhaltige Erfolge zu erzielen und diese abzusichern, insbesondere wegen der fehlenden sozialen Komponente. Die finanzielle Belastung des Krieges stösst an ihre Grenzen, während die Kriminalität und die Gewalt in verschiedenen Regionen wieder zunimmt und politisierte Jugendliche vermehrt wieder den Guerillagruppen beitreten.

Weitgehend illegitime Institutionen haben in den letzten Jahren verschiedene Gesetze den Erfordernissen des Freihandels angepasst. Zu erwähnen ist die Arbeitsgesetzgebung, das Bergbaugesetz und das Gesetz für ländliche Entwicklung. Schweizer Unternehmen haben diese Gesetze mit beeinflusst oder schlagen Profit daraus, so geschehen mit Holcim und Xstrata/Glencore beim Bergbaugesetz. Soziale Proteste gegen diese Politik werden kriminalisiert und gewaltsam unterdrückt.

Wirtschaftliche und soziale Rechte unter Druck

Trotz eines durchschnittlichen Wirtschaftswachstums von 5,3% seit 2002 hat die soziale Ungleichheit zugenommen, und ist mit einem Gini-Koeffizienten von 0,57 die zweithöchste Lateinamerikas. 50% der Bevölkerung verfügt über 13,5% des Einkommens, während die 10% Reichsten 46,5% des Einkommens auf sich vereinen. 20% der Kinder sind unterernährt, 32% der Bevölkerung verfügen über keine medizinische Versorgung. Das Wohnungsdefizit beträgt 2,3 Mio. Einheiten.

Würdige Arbeitsbedingungen sind ein Kernanliegen der ILO, Kolumbien entfernt sich aber von deren Verwirklichung. Von 1992 bis 2006 nahmen die unbefristeten Arbeitsplätze um 40% ab, die Temporärstellen nahmen um 192 % zu, insbesondere im Bereich Banken und Dienstleistungen. Bergbaukonzerne, darunter die Zuger Glencore, betreiben ihre Minen mit einem hohen Prozentsatz an Temporärarbeitern aus Stellenbörsen und über sub contracting Unternehmen. Darunter leidet auch die Sicherheit am Arbeitsplatz. In der Agroindustrie, z.B. auf Palmen- und Zuckerrohrplantagen wurden die festangestellten Arbeiter entlassen und gezwungen, Kooperativen zu bilden. Damit entledigten sich die Unternehmen der sozialen Verantwortung, den Arbeitern der Kooperativen bleibt manchmal nur ein halber Mindestlohn, weit von einem *living wage* entfernt.

Die Zahl der Arbeiter, die einem Gesamtarbeitsvertrag unterstehen, gingen von 1996/97 bis 2006/07 um 2/3 zurück. Das Recht auf kollektive Verhandlungen wird massiv eingeschränkt, auch durch Schweizer Unternehmen wie Nestlé und Glencore. Die Arbeitsbedingungen bei Nestlé haben sich, der allgemeinen Tendenz folgend, verschlechtert. Die Gesetzgebung, die Praxis der Arbeitsbehörden und -Gerichte und die Firmenpolitik untergraben zudem das Recht auf Vereinigungsfreiheit: Unter Uribe wurde über 200 neuen Gewerkschaften die Registrierung verweigert. Die Chancen, vor Gericht in Fragen der Vereinigungsfreiheit und des Rechts auf kollektive Verhandlungen Recht zu bekommen, sind sehr gering. So existieren nur in einer Minderheit der Tochterfirmen von Glencore Gewerkschaften. Die Einhaltung der ILO-Kernkonventionen 87 und 98 ist nicht garantiert.

Gewalt gegen Gewerkschafter

In den letzten gut 20 Jahren wurden 2500 Gewerkschafter ermordet, in der Regierungszeit von Uribe gab es über 3000 Übergriffe gegen das Leben, die Integrität und die Freiheit von gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen. Die Mordrate von Gewerkschaftern ist sieben Mal höher als die der Gesamtbevölkerung. Entgegen den Angaben der Regierung halten die

Gewerkschaften fest, dass die gegen sie verübte Gewalt klar auf ihre Tätigkeit zur Verteidigung der Arbeitsrechte zurückgeht. Die von der Regierung massiv erhöhten Schutzmassnahmen sind wenig wirkungsvoll, die Sonderstaatsanwälte haben in der Straflosigkeit keine wirkliche Kehrtwende gebracht. Seit 1986 kamen ein knappes Dutzend Gewerkschafter, die bei Nestlé arbeiteten, ums Leben. Kein einziger Fall ist aufgeklärt. Am 13. März 2009 kam es zu den bisher letzten paramilitärischen Drohungen gegen die Nestlé – Gewerkschaft Sinaltrainal. Auch diese und frühere Drohungen blieben straflos.

Hoher Blutzoll der indigenen und afrokolumbianischen Bevölkerungsgruppen

Indigene und Afrokolumbianer sind gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil überdurchschnittlich von Menschenrechtsverletzungen betroffen: über 60 indigene Führungspersonen wurden 2008 ermordet, ebenso Dutzende von Afrokolumbianern. Vom Volk der Kankuamo in der Sierra Nevada de Santa Marta wurden innert sechs Jahren 232 Mitglieder ihrer Gemeinschaft ermordet. 8% der indigenen Bevölkerung Kolumbiens wurde vertrieben, 28 Völker sind vom Aussterben bedroht. Die Vertreibung von Afrokolumbianern ist 54% höher als im Landesdurchschnitt. Ihre ungedeckten Grundbedürfnisse sind 20-80% höher als im Landesdurchschnitt. Die soziokulturellen, in der Verfassung garantierten Rechte der Indigenen und Afros werden massiv verletzt (z.B. Umsetzung der ILO - Konvention 169). Hintergrund der Übergriffe sind meist das wirtschaftliche Interesse an ihrem kollektiven Landbesitz oder territoriale Dispute der Konfliktakteure. Beispiele für Morde, Massaker und Vertreibungen Tausender Indigener und Afrokolumbianer sind: 1) Schwarze Gemeinschaften am Curvaradó – Fluss im Chocó; ihr Gemeinschaftsland wurde illegal mit Palmen für Agrodiesel bepflanzt; erst letzten Monat wurde diesen Gemeinschaften 10% des geraubten Landes zurück gegeben, dank internationalem Druck. 2) Gemeinschaft der U'wa Indianer in Arauca; wegen Erdölprojekten auf ihrem traditionellen Land drohen sie mit kollektivem Selbstmord. 3) Indigene Barí und Kleinbauern im Catatumbo an der Grenze zu Venezuela, Opfer einer paramilitärischen Besetzung ihres Landes, wegen Ölförderung, Kohlenminen und Ölpalmsplantagen. 4) Indigene und Afrokolumbianer im Norden des Departements Cauca, Tote bei Landstreitigkeiten wegen sich ausdehnenden Zuckerrohrplantagen für die Ethanolgewinnung.

Wegen der Konfliktdynamik und der Umsetzung wirtschaftlicher Megaprojekte geht die gewaltsame Vertreibung der Zivilbevölkerung weiter. Kolumbien ist das Land mit der zweithöchsten Anzahl intern Vertriebener weltweit. Von Januar bis Juni 2008 wurden 270'000 Personen vertrieben, 41% mehr als in der Vorjahresperiode, und mehr als je zuvor seit 1985; täglich wurden im ersten Halbjahr 2008 über 1500 Personen vertrieben.

Keine wirkliche Auflösung der Paramilitärs

Seit 2002 wurden über 31'000 Paramilitärs demobilisiert, die kolumbianische Regierung erklärte das Phänomen für überwunden. Heute operieren aber wieder 76 Gruppierungen mit 9000 Mitgliedern in zwei Dritteln des Territoriums. Trotz einer Tendenz hin zu gewöhnlicher Kriminalität hat sich am Grundmuster der paramilitärischen Operationen nichts geändert: praktisch täglich werden soziale Führungspersonen und Organisationen bedroht, kommt es zu Attentaten, Morden und Vertreibungen. Die neue Generation paramilitärischer Gruppen beruft sich explizit auf Uribe als ihren Präsidenten, und sehen ihr Handeln als Unterstützung seiner Politik.

Beispiele für jüngste Übergriffe und Drohungen: In der erwähnten Region des Curvaradó und in anderen Gebieten des Chocó geht die paramilitärische Kontrolle weiter, teils in enger Zusammenarbeit mit staatlichen Sicherheitskräften und lokalen Behörden; andauernd werden die rechtmässigen Bewohner und die Rückkehrer, die ihr Land zurück fordern, bedroht. Die Friedensgemeinde von San José de Apartadó, die u.a. von Schweizer PBI - Freiwilligen begleitet wird, ist permanent Opfer paramilitärischer Drohungen. Die Kleinbauernvereinigung des Catatumbo ASCAMCAT hat ebenfalls paramilitärische Drohungen und eine verstärkte Präsenz von Paramilitärs denunziert.

Kein Recht auf Wahrheit und keine Wiedergutmachung

Von den über 3 Millionen Vertriebenen waren etwa zwei Drittel Landbesitzer. Schätzungen gehen davon aus, dass mindestens 4 bis maximal 10 Millionen Hektaren Land gewaltsam den Besitzer wechselte. Auf diesen Ländereien werden heute u.a. Agrotreibstoffe für den Export produziert, z.T. mit internationalen Entwicklungsgeldern. Bis heute haben Paramilitärs erst etwa 5000 Hektaren des geraubten Landes dem Rehabilitationsfonds übergeben, das entspricht ungefähr 0,1% des illegal angeeigneten Landes.

Trotz der Aussagen der paramilitärischen Führer und der Aufdeckung von Dutzenden von Massengräbern mit bisher weit über 1000 Leichen, bleibt die ans Licht gebrachte Wahrheit bruchstückhaft. Tausende von Opfer oder deren Angehörige warten auf die Aufklärung der an ihnen begangenen Verbrechen. Die Ausweisung der 14 höchsten Paramilitärs an die USA erleichtert die Aufarbeitung der gewalttätigen Vergangenheit nicht. Insbesondere die Rolle der Privatunternehmen, auch ausländischer, wurde bisher noch kaum aufgedeckt.

Wir sind der Ansicht, dass mit der Ratifizierung des Freihandelsabkommens angesichts dieser umfassenden Menschenrechtskrise ein falsches Zeichen gesetzt und die Glaubwürdigkeit des Schweizer Aussenpolitik Schaden erleiden würde.